

**Zu Handen der Delegiertenversammlung der  
SVP Stadt Zürich vom 16. April 2009**

**Bürgerliche Politik**

**Parteiprogramm der SVP Stadt Zürich 2010-2014**

**Bürgerliche Politik**

Die SVP präsentiert ihre Wahlplattform 2010-2014 mit Titel und Motto «Bürgerliche Politik».

Die SVP Stadt Zürich vertritt die Werte und Ziele der SVP Schweiz. Unser Land ist unabhängig und neutral. Wir leben in Frieden und Freiheit in einer offenen Gesellschaft. Die Merkmale der Schweiz sind direkte Demokratie, Marktwirtschaft, Gemeindeautonomie und Föderalismus. Wir treten weder der EU noch der NATO bei.

Das vorliegende Programm verdichtet diese Ziele für die Stadt Zürich. Wir wollen mit unserer Politik eine gedeihliche Entwicklung der Stadt erreichen.

Die SVP Stadt Zürich will den Wähleranteil erhöhen, die Zahl der Gemeinderäte im Städtzürcher Parlament steigern und in den Stadtrat einziehen. In dieser Broschüre steht, wofür unsere Kandidatinnen und Kandidaten eintreten: Klare bürgerliche Politik für den Mittelstand, für Familien, für Kleinunternehmer, für Fachgeschäfte, Selbständige, Handwerker und Dienstleister, für Angestellte; für eine lebenswerte, gepflegte Stadt und für einen schlanken, sparsamen Staat, der seine Kernaufgaben zuverlässig wahrnimmt.

Die SVP Stadt Zürich setzt folgende Schwerpunkte:

**Wirtschaft und Finanzen**

In Zürich herrscht Marktwirtschaft und direkte Demokratie. Mit tiefen Steuern und Gebühren wird ein schlanker Staat finanziert, der seine Kernaufgaben zuverlässig wahrnimmt. Die Rahmenbedingungen sind solcherart ausgestaltet, dass Kleingewerbe, Fachgeschäfte, Handwerk, Selbständige und Dienstleister sowie der Banken- und Finanzplatz und neue, innovative Branchen gedeihen können.

**Sicherheit**

Die Sicherheit der Bürger ist in Zürich gewährleistet. Körperliche und seelische Unversehrtheit, persönliche Integrität und Sicherheit als subjektive Wahrnehmung zu jeder Zeit an jedem Ort ist die vordringliche Staatsaufgabe. Ebenso ist die Sicherheit des Privateigentums gewährleistet. Kriminalität wird bekämpft. Die Justiz muss Täter bestrafen und Opfer schützen. Ausländische Straftäter sind auszuschaffen.

**Soziales**

Wer unverschuldet in Not gerät, kann sich auf die Gesellschaft verlassen. Die Leistung der Allgemeinheit ist Hilfe zur Selbsthilfe. Wen die Gesellschaft unterstützt, der erbringt nach seinen Möglichkeiten eine Gegenleistung. Die Hilfe ist nicht höher als ein tiefer Lohn. Die Sozialwerke sind schlank und ihre Finanzierung wird gesichert. Ausländer, die nicht mehr aus der Sozialhilfe herausfinden, müssen das Land verlassen.

**Energie**

Die SVP Stadt Zürich verfolgt eine realistische, marktorientierte Energiepolitik. Die Stadt Zürich ist als Wirtschaftsstandort und als Wohnstadt auf sichere, kostengünstige Energiezufuhr angewiesen. Die SVP unterstützt saubere und ökologische Energie und will effizienten, sparsamen und intelligenten Umgang mit allen Energieträgern. Marktkräfte sollen wirken: Die SVP lehnt ideologische Steuern ab, die den Konsumenten umerziehen wollen.

**Gewerbe**

Gewerbe und Kleinbetriebe sind ein zentraler Pfeiler der Stadt Zürich. Gewerbe, Kleinbetriebe und Fachgeschäfte bilden Lehrlinge aus und schaffen Arbeitsplätze. Die Leistung der Kleinunternehmer wird geschätzt und respektiert. Die Belastung durch Vorschriften, Formulare und Verordnungen muss drastisch sinken. Das Bewilligungswesen wird vereinfacht. Steuern, Gebühren und Abgaben müssen sinken. Der Staat konkurrenziert das Gewerbe nicht.

**Verkehr**

Verkehr muss fließen: Ein Netz von leistungsfähigen Verkehrsachsen durchzieht die Stadt. Dies fördert den Fluss und entlastet die Quartiere. Im Zentrum steht der volkswirtschaftliche Nutzen des Verkehrs. Die freie Wahl der Verkehrsmittel ist gewährleistet. Die Vernichtung von Parkplätzen führt zu Abwanderung von Kaufkraft in die Agglomeration. Die SVP fordert eine genügende Zahl oberirdische und unterirdische Parkplätze für Gewerbe, Handwerk, Fachgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe in der Stadt.

## **Ausländer**

In Zürich sollen Schweizer und Ausländer friedlich zusammen leben. Voraussetzung dafür ist, dass die Zuwanderer die hiesigen Sitten und Gebräuche respektieren und sich an die Rechtsordnung halten. Integration ist primär Sache der Ausländer. Wer Schweizer werden will, muss sich mit unserem Land identifizieren. Das Bürgerrecht soll das Privileg derer sein, die sich hier erfolgreich integriert haben. Der Schweizer Pass ist nicht der erste Schritt zur Integration, sondern deren Vollendung.

## **Schule**

Die Volksschule soll das Fundament legen, welches den Schülern ermöglicht, als Erwachsene ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Die Zürcher Schulen sollen den Charakter einer Volksschule beibehalten. Das neue Volksschulgesetz ist massvoll umzusetzen. Der Unterricht ist auf das Leistungsprinzip auszurichten. Die Aneignung und Pflege der deutschen Sprache hat Priorität. Im Kindergarten reden die Kinder Mundart. Bildung ist Sache der Schule, Erziehung ist Sache der Familie.

## **Wählen Sie! Ihre Stimme zählt.**

SVP – klare Werte, klare bürgerliche Politik.

Wir laden Sie ein, unser politisches Programm zu studieren. Wenn Sie uns Ihre Stimme geben, dann garantieren wir Ihnen, dass wir diese Ziele konsequent und harträchtig im Gemeinderat und in den verschiedenen politischen Gremien vertreten werden.

Wir vertrauen auf Ihre Stimme – Sie können uns vertrauen.

## **Wirtschaft und Finanzen**

### **Wirtschafts- und Finanzpolitik der SVP Stadt Zürich**

#### **Fundament**

Grundsätzlich gilt:

Das Wirtschaftssystem der Stadt Zürich ist die freie Marktwirtschaft.

Die öffentliche Hand tut nur das, was ein Privater, respektive private Unternehmen nicht können.

Die Stadt Zürich ist und bleibt der Wirtschaftsmotor der Schweiz. Das Portfolio betreffend Unternehmensformen und Branchen ist diversifiziert und zukunftsorientiert.

Die Ansätze für Steuern, Abgaben und Gebühren liegen jeweils im unteren Mittelfeld des Kantons, damit Zürich für Handel, Gewerbe, Industrie und Privatpersonen attraktiv ist.

Steuereinnahmen und Vergütungen durch Bund, Kantone und Gemeinden bilden die Grundlage zur Budgetierung der Ausgaben der Stadt Zürich. Dabei gilt das Prinzip der Schuldenbremse wie es im Bund angewendet wird.

Die SVP steht hinter dem Bankgeheimnis. Das Steuersystem basiert auf Eigenverantwortung und Selbstdeklaration. Steuerhinterziehung und Steuerbetrug werden klar unterschieden.

#### **Forderungen und Vorschläge**

##### **Wirtschaft**

- Die Stadt Zürich beschränkt sich auf Aufgaben, die private Unternehmer nicht auch ausüben könnten. Sie verzichtet dementsprechend auf eigene produzierende Betriebe und Dienstleistungsfirmen, welche ihre Produkte im freien Markt anbieten – seien diese direkt der Verwaltung oder in ausgegliederten Organisationen angegliedert.
- Monopolbetriebe, welche Aufgaben erfüllen, die auch private Unternehmen ausüben könnten, werden mittelfristig teil- oder vollprivatisiert.
- Eine zukunftssträchtige und erfolgreiche Wirtschaftspolitik basiert auf dem Zusammenspiel grosser, mittlerer und kleiner Unternehmen. Alle Wirtschaftssubjekte tragen mit ihrem Zusammenwirken zum eigenen Wohlstand, jenem der Mitarbeiter und deren Familien sowie der Stadt Zürich bei.
- Die Stadt Zürich berücksichtigt in ihrem Handeln die besonderen Bedürfnisse von Grosskonzernen und Grossfirmen sowie KMUs und Gewerbe.
- Ein wirkungsvolles, die Privatsphäre der Kunden vor prohibitivem Zugriff schützendes Bankkundengeheimnis ist Garant für einen starken Finanzplatz Zürich.
- Mittel- und langfristig erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist nur dann möglich, wenn Klumpenrisiken betreffend Steuereinnahmen und Beschäftigung vermieden werden. Die Stadt Zürich entwickelt Massnahmen, welche ihre

Abhängigkeit vom Finanzplatz nachhaltig verringern. Dazu werden attraktive Rahmenbedingungen auch für operativ tätige Firmen oder start ups aus zukunftssträchtigen Branchen wie Medizin, Pharma, Nahrungsmittel, Energie, Transport oder andere geschaffen.

- Eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung basiert auch auf dem Hochhalten von Traditionen.
- Das private Vereinswesen floriert und wird von öffentlichen Angeboten nicht konkurrenziert.
- Die Stadt Zürich richtet ihr Handeln auf die Prinzipien Eigenverantwortung und unternehmerisches Handeln der Wirtschaftssubjekte aus. Die Wirtschaftssubjekte nehmen dementsprechend ihre Verantwortung in sozialen und soziokulturellen Fragen zum Wohl der Stadt Zürich und der Steuerzahler wahr.
- Regulierungen, die unternehmerisches Handeln und Eigenverantwortung von Wirtschaftssubjekt und Konsumenten beeinträchtigen, sind konsequent zu vermeiden und zu streichen.
- Gebühren sind, wenn überhaupt nötig, generell nach dem Äquivalenzprinzip zu erheben.
- Das Gewerbe profitiert von tiefen Gebührentarifen, die in keinem Falle über kantonalen Vorgaben liegen.

## **Finanzen**

- Die Stadt Zürich strebt grundsätzlich mindestens ein ausgeglichenes Budget und eine ausgeglichene Rechnung an.
- Bilanzfehlbeträge sind zu vermeiden.
- Die aktivierte Schuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt Zürich wird aus Transparenzgründen 'deaktiviert' und in der Bilanz vollständig als Schuld ausgewiesen.
- Die Ausgaben der Stadt Zürich richten sich im Grundsatz nach Steuereinnahmen und Konjunktur. Sie sind dementsprechend antizyklisch zu planen. Es gilt in angepasster Weise das Prinzip der Schuldenbremse wie sie auf Bundesebene angewendet wird. Die maximale Höhe der Ausgaben in einer Periode darf die budgetierten Einnahmen dieser Periode korrigiert um einen Konjunkturfaktor nicht übersteigen. Der Konjunkturfaktor entspricht jenem, der auf Bundesebene angewendet wird. Dadurch wird ermöglicht, dass in konjunkturell guten Zeiten stets Reserven aufgebaut werden und in rezessiven Perioden die Ausgaben grösser sein können als die Einnahmen.
- Der Personalbestand der Stadt Zürich richtet sich nach der Einwohnerzahl. Das Total der Anzahl Stellenprozente aus Verwaltung, Gemeindebetrieben, sowie öffentlich-rechtlicher Strukturen, welche ganz oder mehrheitlich in städtischem Besitz sind, beträgt zusammen höchstens 5% der Gesamteinwohnerzahl. Dies ist 1 Prozentpunkt mehr als das Landesmittel und trägt damit den Zentrumslasten einer grossen Stadt Rechnung.
- Der Steuerfuss sinkt bis 2020 mindestens auf das Mittel der Steuerfüsse aller Gemeinden des Kantons Zürich
- Die Löhne der Stadträte werden maximal auf Basis der im Jahre 2000 vom Volk beschlossenen Vorlage «220'000 Franken sind genug» berechnet. Löhne und Sozialleistungen des Stadtrates werden im Personalrecht speziell geregelt und von den Bestimmungen zum städtischen Personal entkoppelt. Damit wird ermöglicht, dass Spezialistenfunktionen marktgerechter bezahlt werden können.
- Der Personalaufwand wächst nicht mehr überproportional. Das Wachstum des Lohnaufwandes übersteigt die Teuerung zu keinem Zeitpunkt.
- Die Stadt Zürich ist ein attraktiver Arbeitgeber. Dabei werden den Arbeitnehmern als Vergleich zur Privatwirtschaft alle geldwerten Leistungen wie Lohn, Sozialleistungen, Pensionskasse, höhere Arbeitsplatzsicherheit, etc. transparent aufgerechnet.

## **Sicherheit**

### **Sicherheitspolitik der SVP Stadt Zürich**

#### **Fundament**

Das juristische Fundament zur Sicherheitspolitik bildet die Bundesverfassung (BV) sowie die Kantonsverfassung (KV).

Gemäss Art. 57 Abs. 1 BV sorgen Bund und Kantone im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung.

Art. 100 KV verpflichtet die Kantone und Gemeinden zur Gewährung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

#### **Leitbild**

Zürich ist eine sichere, attraktive Stadt mit hoher Wohn- und Lebensqualität. Die Gewährung der Sicherheit und Freiheit für alle Bürgerinnen und Bürger ist die wichtigste aller Staatsaufgaben.

Die Einwohner der Stadt Zürich sollen sich jederzeit unbehelligt von Kriminalität auf den Zürcher Strassen bewegen können. Sicherheit umfasst körperliche und seelische Unversehrtheit, persönliche Integrität und Sicherheit als subjektive Wahrnehmung. Ebenso ist die Sicherheit des Privateigentums gewährleistet.

## Umsetzung und Forderungen

- Die Stadt bezeichnet neuralgische Punkte und erhöht dort die Sicherheit durch mehr sichtbare Polizeipräsenz. Die Polizei gehört auf die Strasse und nicht ins Büro.
- Die Jugendkriminalität wird vermehrt und konsequent bekämpft. Hierbei tragen die Jugendanwaltschaften eine hohe Verantwortung.
- Strafen sollen der Tat rasch folgen und abschreckende Wirkung erzielen.
- Die Eltern krimineller Jugendlicher sind zur Verantwortung zu ziehen.
- Schutz des Eigentums vor Vandalismus.
- Bekämpfen des Drogenhandels auf dem ganzen Stadtgebiet.
- Die für den Schutz des Eigentums und für die Einhaltung der Sicherheit notwendigen Polizeikräfte müssen zur Verfügung stehen.
- Ausländische Straftäter sind nach dem Verbüssen einer Freiheitsstrafe konsequent auszuschaffen.
- Die persönliche Freiheit von unbescholtenen Personen und ihre Privatsphäre sind zu gewährleisten und es ist jeder Ansatz eines 'Schnüffelstaates' (Hooligandatenbanken; Datenbanken auf Vorrat) zu vermeiden.

## Soziales

### Sozialpolitik der SVP Stadt Zürich

Wer unverschuldet in Not gerät, kann sich auf die Gesellschaft verlassen. Die Leistung der Allgemeinheit soll Hilfe zur Selbsthilfe und zu eigenverantwortlicher Lebensführung sein. Sie ist damit nicht ohne Gegenleistung zu leisten, wenn die unterstützte Person dazu in der Lage ist. Die Hilfe ist ausserdem nicht höher als ein tiefer Lohn.

Ausländer, die nicht mehr aus der Sozialhilfe herausfinden, müssen das Land verlassen.

## Fundament

Über Jahre wurde die Sozialhilfe in der Stadt Zürich äusserst grosszügig ausgeschüttet, und zwar:

- ohne Rücksicht darauf, dass die dafür benötigten Mittel dem Staat von den Steuerzahlern zur treuhänderischen Verwendung überlassen werden,
- ohne Rücksicht darauf, dass für Ausländer aus bestimmten Ländern das Leben von der Sozialhilfe im Vergleich zu den Bedingungen in ihren Heimatländern attraktiv ist und daher kein Anreiz zu einer Arbeitstätigkeit besteht,
- ohne nennenswerte Gegenleistung der Sozialhilfebezüger,
- ohne eine griffige Kontrolle.

Auf Druck der SVP und durch das eklatante Versagen des rotgrünen Systems konnte eine gewisse Verbesserung der Situation herbeigeführt werden. Es sollen Sozialdetektive tätig werden und von den Sozialhilfebezügern werden vermehrt Gegenleistungen und Kooperation verlangt. Ohne das beherzte Engagement der SVP wäre dies nicht möglich gewesen. Es sind jedoch weitere Verbesserungen notwendig.

Die Hilfesuchenden werden konsequent nicht als Sozialhilfebezüger bezeichnet, was sie indes sind. Vielmehr werden sie beschönigend als 'Klienten' bezeichnet. Wer jedoch als Klient bezeichnet wird, wird sich über kurz oder lang entsprechend aufführen und statt einer Leistungs- eine Anspruchshaltung an den Tag legen.

Die vorgesehenen Sozialdetektive sollen dem Sozialdepartement unterstellt sein. Das macht sie strukturell befähigen, wenn es darum geht, Sozialmissbrauch aufzudecken, der durch die politische Haltung des Departements begünstigt wird.

Die SVP ist überzeugt, dass Menschen, die unverschuldet in Not geraten, darauf vertrauen dürfen, dass der Staat ihnen hilft, wieder auf die Beine zu kommen und sie nicht der Verelendung preisgibt. Diese Hilfe soll jedoch nur vorübergehend sein und die Unterstützten darauf vorbereiten, wieder aus eigener Kraft in den Wirtschaftsprozess einzusteigen. Dazu ist es unerlässlich, sie auf die wirtschaftliche Realität, in welcher für eine Leistung stets eine Gegenleistung verlangt wird, vorzubereiten und eigenverantwortliches Handeln zu stärken. Es kann nicht Aufgabe des Staates sein, in der Sozialhilfe die Armut zu verwalten.

In der Sozialhilfe sind überproportional viele Ausländer anzutreffen, die zum Teil die deutsche Sprache nicht kennen und sich nicht um eine Integration bemühen. Es kann indes nicht Aufgabe des Staates sein, Ausländer zu unterhalten, die sich in der Sozialhilfe einrichten, weil die staatlichen Leistungen deutlich das Niveau übertreffen, welches die Bezüger in ihrer Heimat erwirtschaften könnten.

## **Forderungen der SVP**

Die Sozialhilfebezüger akzeptieren die Sitten und Gebräuche in der Schweiz.

Lebt der Bezüger im Ausland, wird die Kaufkraft dieses Landes berücksichtigt.

Es wird für die geleistete Sozialhilfe eine Gegenleistung erwartet. Die Unterstützten bemühen sich nach ihren Kräften selbst zur Wiedereingliederung und sind gewillt, eine Stelle zu suchen und auch zugewiesene Stellen anzunehmen; auch Hilfsarbeiten und solche, die den Bezügern fremd sind.

Missbrauch wird bekämpft. Bei Verdacht auf strafbare Handlungen ist konsequent Anzeige zu erstatten. Die Stadt muss deshalb Sozialdetektive anstellen, welche vom Sozialdepartement unabhängig sind und auch stichprobenweise unangemeldete Kontrollen durchführen. Ferner muss die Stadt dafür sorgen, dass die Sozialbehörde ihre Aufgabe als Aufsicht über die Sozialhilfe effektiv erfüllen kann und gleichzeitig als politische Milizbehörde bestehen bleibt. Der besonders sensible Bereich der Sozialhilfe bedarf politischer und demokratischer Kontrolle.

Die Stadt macht Druck auf die SKOS: Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) soll die Richtlinien so anpassen, dass die Sozialhilfebezüger gegenüber den Niedrigverdienenden, welche zudem Steuern bezahlen, nicht besser gestellt werden. Ein Leben von der Sozialhilfe darf nicht einträglicher sein als ein Lohn. Alle Bemühungen der Sozialbehörde müssen zum Ziel haben, die Sozialhilfebezüger wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurück zu führen.

Die Hilfe besteht wo immer möglich aus Sachleistungen und Gutscheinen, nicht aus Bargeld. Auszahlungen von Sozialhilfeleistungen fließen direkt an den End-Empfänger und nicht in bar an den Sozialhilfebezüger. Dies betrifft insbesondere Miet-Zuschüsse, Versicherungen, Arztrechnungen und ähnliches.

Sozialhilfeempfänger dürfen während der Zeit ihrer Fürsorgeabhängigkeit keine Fahrzeuge mieten, besitzen oder kaufen. Während der Bezugszeit müssen Sozialhilfebezüger den Fahrausweis deponieren. Ausnahmen können bewilligt werden, wenn das Auto zum Erzielen eines Lohns und damit zur Senkung der Sozialhilfe führt. Auch für Gehbehinderte sind Ausnahmen möglich.

Das zuständige Sozialamt erhebt sämtliche Leistungen eines Sozialhilfebezügers und weist die Brutto-Hilfe (monetär und geldwert) aus.

Sozialhilfeempfänger ermächtigen das Sozialamt, Daten mit anderen Ämtern abzugleichen, insbesondere mit Krankenkasse, der AHV / IV, den Steuerämtern, der Fremdenpolizei, den Vormundschaftsbehörden und der Strafverfolgung.

Die Stadt macht mit Beschäftigungsprogrammen dem Gewerbe keine Konkurrenz.

Die Finanzierung der Sozialhilfe muss gesichert sein. Bei guter Wirtschaftslage müssen Reserven gebildet werden. Das Budget soll auf 5 Jahre hinaus ausgeglichen sein.

## **Energie**

### **Energiepolitik der SVP Stadt Zürich**

Die Stadt Zürich ist als Wirtschaftsstandort und als Wohnstadt auf sichere, möglichst kostengünstige Energiezufuhr angewiesen. Die SVP Stadt Zürich verfolgt eine realistische, marktorientierte Energiepolitik.

Eine sichere und möglichst günstige Energieversorgung ist für Zürich wichtig. Die SVP lehnt daher neue Energiesteuern ab und fordert eine gesicherte und bedarfsgerechte Versorgung zu transparenten und günstigen Preisen. Die Energie-Effizienz muss gesteigert werden und die Verteilung gewährleistet sein. Die SVP lehnt preisliche Markteingriffe ab und sagt nein zu einer ökologischen Steuerreform und zu neuen Energiesteuern. Sie sagt Nein zum kategorischen Ausstieg aus der Kernenergie.

Die SVP unterstützt saubere und ökologische Energie. Die SVP will zudem effizienten, sparsamen und intelligenten Umgang mit allen Energieträgern. Die SVP wehrt sich jedoch gegen eine ideologische Lenkung des Verbraucherverhaltens im Energiebereich durch Steuern und Abgaben. Die SVP setzt sich für eine eigenständige Energiepolitik ein.

## **Fundament**

Die Energiepolitik der SVP Stadt Zürich lehnt sich an jene der SVP Schweiz an. Die SVP Stadt Zürich setzt sich energiepolitisch für die Interessen der Wirtschaft und der Einwohner Zürichs ein.

Das juristische Fundament dazu bildet die Verfassung. Die Energiepolitik liegt teils in der Kompetenz des Bundes und teilweise in jener der Kantone. Die wichtigsten Bestimmungen sind auf Bundesebene Art. 89 BV (Bundesverfassung) und im Kanton Zürich § 106 KV (Kantonsverfassung) des Kantons Zürich.

Das ideologische Fundament der SVP-Energiepolitik ist das freiheitliche Gedankengut, die Handels- und Gewerbefreiheit und die Selbstverwirklichung des Individuums.

Im Energiesektor soll Kostenwahrheit gelten. Ökonomie ist die beste Ökologie: Kostenwahrheit führt zu mehr Effizienz, Nachhaltigkeit im Verbrauch und im Konsum.

Eine politische Verteuerung der Energie hätte fatale Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Zürich und würde Wohlstand und Arbeitsplätze gefährden. Ideologisch verbrämte Abgaben und forcierte Förderung erneuerbarer Energien machen keinen Sinn: Auch erneuerbare Energien müssen konkurrenzfähig sein und auf dem Markt bestehen.

Die SVP setzt auf Marktkräfte, Freiwilligkeit und Selbstverantwortung zum sparsamen Umgang mit Energie.

## **Marktform**

Die SVP will Marktwirtschaft im Energiebereich. Marktpreise und Kostenwahrheit sollen über Energieart und Verbrauch entscheiden.

Das ewz ist in öffentlich-rechtlichem Besitz. Das ewz betreibt Preisdifferenzierung und bietet ein diversifiziertes Angebot für verschiedene Energiearten an. Europaweit findet eine mittel- und langfristige Öffnung der Energiemärkte statt. Zürich beteiligt sich an dieser Öffnung, was die SVP begrüsst.

## **Energieträger**

### **Wasser**

Wasserkraft ist eine der wichtigsten Energiequellen. Etwa 30% des Stroms stammen aus Wasserkraft. Diese ist wirtschaftlich und ökologisch. Die Hochtarif-Pumpspeicherwerke sollen weiter betrieben werden. Die SVP fordert den Ausbau der Grimsel-Staumauer. Zürich soll sich auf den Heimfall der Kraftwerke vorbereiten und eine langfristige Strategie ausarbeiten.

### **Gas**

Erdgas weist einen hohen Wirkungsgrad auf und ist ein wichtiger Energieträger für die Wärmeengewinnung.

### **Öl**

Erdöl ist ein wichtiger, effizienter Energieträger insbesondere für Heizzwecke und Warmwasseraufbereitung.

### **Benzin**

Benzin ist der wichtigste Energieträger für den Verkehr. Hybridfahrzeuge als Substitute werden längerfristig interessant.

### **Kernenergie**

Etwa 60% sind Atomstrom. Ohne Atomstrom ist die sichere Energieversorgung nicht denkbar. Bandenergie soll weiter aus Atomstrom stammen. Die SVP unterstützt den Bau eines neuen KKW's und den Ersatz der bestehenden.

### **Fernwärme**

Bestehende Fernwärmenetze sollen beibehalten werden. Kleine lokale Fernwärmenetze können rentabel sein, sind aber der Privatwirtschaft und den Bauherren zu überlassen.

### **Kehricht**

Kehrichtverbrennung ist eine nützliche Energiegewinnung. Sie soll aber ohne Quersubventionierung auskommen und möglichst selbsttragend sein. Die Privatisierung der Kehrichtverbrennung ist zu prüfen.

### **Geothermie**

Geothermie durch Tiefenbohrungen dürfte längerfristig eine wichtige Energiequelle sein.

### **Erdwärme**

Wärmesonden und Wärmetauscher sind für Wohnhäuser eine nützliche Energiegewinnungsform.

### **Biogas**

Biogasgewinnung ist in der Landwirtschaft effizient (Reststoffe, Biomasse, Gülle etc). Der Anbau von Biomasse wie Raps und Zucker soll aber nicht staatlich unterstützt werden. Schlamm aus dem Werdhölzli wird im Werk Hagenholz verstromt. Die SVP will keine staatliche separate Grünabfuhr einrichten; eine private Grünabfuhr ist denkbar.

## Holz

Holz ist CO<sub>2</sub>-neutral, umweltschonend, nachhaltig und effizient. Die SVP unterstützt Energie aus Holzheizkraftwerken. Waldnutzung ist die beste Waldpflege.

## Biodiesel

Biodiesel ist eine ideologische Entgleisung. Es ist verwerflich, Lebensmittel zu verbrennen. Ein Liter Biodiesel braucht 4'200 Liter Wasser in der Herstellung. Das Preisgefüge für Lebensmittel gerät ausser Kontrolle, was für die Dritte Welt sehr schlimm ist. Die SVP verlangt Verzicht von Biodiesel.

## Solar

Photovoltaik und Wärmegewinnung durch Sonnenenergie kann in Zürich sinnvoll sein. Die SVP verlangt, dass Vorschriften für Einbau von Solaranlagen erleichtert werden.

## Wind

Die Stadt Zürich ist für Windkraftwerke nicht geeignet. Die SVP verlangt, dass die Windenergie den Marktkräften ausgesetzt wird.

## Forderungen und Vorschläge

Keine ideologische Politik auf Kosten des Steuerzahlers!

Keine staatlichen Subventionen für Energieträger!

Eine sichere und günstige Energieversorgung ist für Zürich zentral. Die SVP verlangt eine realistische, marktnahe Energiepolitik. KMU, Gewerbe, Fachgeschäfte und Betriebe sollen gegenüber dem Agglomerationsgebiet nicht benachteiligt werden. Insbesondere Markteingriffe zulasten Hauseigentümer und Nutzungsvorschriften zulasten KMU sind zu unterlassen. Die hohe Regelungsichte und Auflagen, welche die Nutzung von Energie erschweren und verteuern, sind abzubauen. Die SVP fordert eine Energiepolitik, die Haushalten eine sichere Versorgung mit günstiger Energie ermöglicht.

Finanzbeteiligung an den städtischen Energiebetrieben: Mittelfristig strebt die SVP bei sämtlichen derzeit ausgelagerten, öffentlich-rechtlich organisierten, energierelevanten Betrieben die Öffnung zwecks der Möglichkeit von privaten Finanzbeteiligungen an. Dies betrifft derzeit Erdgas Zürich AG, ewz, ERZ Fernwärme, ERZ Abfall und weitere.

Keine neuen Steuern: Das Stimmvolk hat die ökologische Steuerreform abgelehnt. Die SVP lehnt ideologisch motivierte Steuern mit dem Ziel, den Konsumenten umerziehen zu wollen, ab.

Die SVP begrüsst alternative Angebote im Markt. Sie haben sich aber durch Angebot und Nachfrage zu finanzieren. Energieformen, die der Markt nachfragt, brauchen keine staatliche Förderung. Eine künstliche Nachfrage durch Subventionierung ist wettbewerbsverzerrend und wirtschaftlich unsinnig.

Die SVP fordert eine langfristige, bedarfsgerechte und wachstumsfördernde Energieversorgung. Der Markt regelt neue Energieformen über den Preis. Politische und ideologische Interventionen sind strikt abzulehnen.

## Gewerbe

### Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich

Wohlstand kommt vom Markt, nicht vom Staat. Die SVP Zürich will mehr Markt, weniger Staat, weniger Steuern und Abgaben. Zürich ist das Kraftwerk der Schweiz. Kleinunternehmen und Gewerbe leisten dazu einen substanziellen Beitrag.

Im Grundsatz gilt: Die Stadt Zürich darf nicht strenger regulieren als der Kanton. Wo Alternativen bestehen, wird jene Form gewählt, die für Bürger und Gewerbe am günstigsten ist. Weiter gilt das Wettbewerbsprinzip: Jede staatliche Leistung, für die kein gesetzliches Monopol besteht, muss auch von Privaten angeboten werden können.

## Fundament

Die Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich lehnt sich an jene der SVP Schweiz an. Sie konzentriert sich auf urbane Märkte in Zürich.

Das wissenschaftliche Fundament bildet die volkswirtschaftliche Wettbewerbstheorie.

Das juristische Fundament ist die Schweizer Verfassung. Die Verfassung garantiert Eigentum (Art. 26), Wirtschaftsfreiheit (Art. 27), Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 16) sowie Vertragsfreiheit und Handels- und Gewerbefreiheit. Zentral sind Eigentum und Freiheit.

Das ideologische Fundament der SVP-Gewerbepolitik ist das freiheitliche Gedankengut.

## **Marktform**

Die Stadt Zürich ist ein offener Markt. Unternehmer und KMU sind ihr Fundament. Die Leistung der Kleinunternehmer wird geschätzt und respektiert.

Fokus der SVP sind die «K» im «KMU». Mikrofirmen und Kleinfirmer schaffen zusammen rund 80 Prozent der Arbeitsplätze, der Löhne und dem Beitrag an das Sozialprodukt. Kleinfirmer sind solche mit 1-10 Mitarbeitern, Mittlere sind jene darüber. Mikrofirmen sind solche mit 0-1 Angestellten.

Wichtigste Unternehmensformen sind Aktiengesellschaft, GmbH und Einzelfirma. Bedeutend sind auch die eigentümergefinanzierten Kleinfirmer und Familienunternehmen.

Kernaufgaben des Staates sind Rechtssicherheit, Eigentumsgarantie und rasche Verfahren.

## **Umsetzung: Forderungen der SVP**

Der Kanon der Gewerbepolitik der SVP Stadt Zürich umfasst folgende Elemente:

### Steuern, Gebühren, Abgaben

- Die staatliche Gesamtbelastung für KMU muss sinken
- Bei der Nachfolgeregelung müssen steuerliche Nachteile beseitigt werden
- Arbeiten muss sich lohnen: Wer mehr arbeitet, soll netto auch mehr verdienen
- Keine neuen Arten von Abgaben
- Keine Abgaben ohne direkte Substitution von Steuern
- Umweltabgaben werden vollständig kompensiert und zielen auf Schadstoffreduktion (nicht auf stetige Einnahmen)
- Jede Abgabenerhöhung und jede neue Abgabe muss vors Volk.

### Formulare

- Die Belastung mit Formulare und Vorschriften muss für KU und KMU sinken
- Die Belastung muss für Kleinstbetriebe (1-3 Mitarbeiter) und Mikrobetriebe (0-1 Mitarbeiter) radikal sinken
- Die SVP verlangt ein Formular-Moratorium: Für jedes neue Formular müssen zwei alte abgeschafft werden
- Umfragen und statistische Erhebungen sind freiwillig.

### Bewilligungen

- Die SVP fordert generell einen «Pragmatismusartikel» bei Bewilligungsverfahren. Vorbild ist der neue Artikel 45a der Verordnung zum Mehrwertsteuergesetz. Pragmatismus geht vor Formalismus.
- Kontrollen und Verfahren sind nur dort vollumfänglich anzuwenden, wo sich der Aufwand lohnt
- Bei sich konkurrenzierenden Auflagen oder Vorschriften kommt immer diejenige zum Tragen, die für den Bürger vorteilhafter ist
- Die zeitliche Dauer von Bewilligungsverfahren ist zu straffen
- Baubewilligungen sind innert 3 Monaten zu erledigen
- Einsprachen dürfen nicht zur Verhinderung missbraucht werden.

### Verkehr

- Die städtische Verkehrsplanung darf KMU und deren Kunden nicht benachteiligen
- Mehr Parkplätze für KMU, ihre Kunden und Lieferanten
- Keine Begrenzung der Parkplatzzahl bei Privatliegenschaften
- Individualverkehr muss fließen.

### Schwarzarbeit

- Schwarzarbeit wird bekämpft
- Lohnnebenkosten müssen sinken: Die Kosten des Produktionsfaktors Arbeit müssen sinken im Verhältnis zum Produktionsfaktor Kapital
- Ziel ist eine Erleichterung der legalen Arbeit.

### Ausbildung

- Das Prinzip der beruflichen Ausbildung ist die Lehre. Sie bleibt bei den Berufsverbänden und wird im «Meisterprinzip» (dual) geführt

- Das gesellschaftliche Ansehen von Handwerk und gewerblichen Berufen gegenüber akademischen Berufen wird gestärkt
- Die SVP empfiehlt die «Lehrlingsteilet» für Kleinfirmen weiter zu entwickeln
- Lehrlingsausbildung ist primär Sache der Berufsverbände.

#### Staatliche Konkurrenz

- Keine staatliche Konkurrenzierung des Gewerbes durch Sozialmassnahmen
- Der Staat übernimmt nur Tätigkeiten, die nicht von Privaten erledigt werden können
- Anstatt staatliche Teillohn-Stellen Ergänzungsleistungen in der Differenz zwischen Produktivität und Mindestlohn
- Neue Firmen werden vom Markt finanziert, nicht vom Staat.

#### Auftragsvergabe

- Die heutigen Vergaberichtlinien bevorzugen tendenziell die Billigsten. Bei Auftragsvergabe sollen wahre Transportkosten, Qualität und Lehrlingsausbildung vermehrt berücksichtigen werden
- Aus ökologischen Gründen sollen bei gleichwertigen Offerten lokale Firmen gewählt werden.

#### Raumplanung

- Dem Bedürfnis des Gewerbe nach geeigneten Räumlichkeiten ist Rechnung zu tragen.
- Gewerbe und Fachgeschäfte sollen nicht durch subventionierten Wohnungen verdrängt werden.

### Innovationen

Die SVP Stadt Zürich empfiehlt folgende grundsätzliche Neuerungen:

- Bei sich widersprechenden Auflagen und Vorschriften kommt stets diejenige zum Tragen, die für den Bürger am vorteilhaftesten ist.
- Formular-Moratorium: Für jedes neue Formular müssen zwei alte abgeschafft werden
- Die SVP fordert generell einen »Pragmatismusartikel« bei Bewilligungsverfahren.

### Verkehr

#### Verkehrspolitik der SVP Stadt Zürich

Verkehr muss fliessen!

Verflüssigung statt Behinderung!

Die Stadt Zürich ist als Wirtschaftsstandort und als Wohnstadt auf leistungsfähige Verkehrsachsen angewiesen. Gewerbe und KMU florieren dank flüssigem Verkehr und soliden Infrastrukturen.

Die Vernichtung von Parkplätzen führt zu massiver Abwanderung von Kaufkraft in die anonymen Einkaufszentren in der Agglomeration. Die SVP fordert eine genügende Zahl oberirdischer und unterirdischer Parkplätze für Gewerbe, Fachgeschäfte und Dienstleistungsbetriebe in der Stadt Zürich.

### Fundament

Das juristische Fundament bildet die Verfassung. Die Verkehrspolitik liegt teils in der Kompetenz des Bundes und teilweise in jener der Kantone. Die wichtigsten Bestimmungen sind auf Bundesebene Art. 82 ff. der Bundesverfassung (BV) und im Kanton Zürich § 104 der Kantonsverfassung (KV) des Kantons Zürich.

### Leitbild

Die Verkehrspolitik der SVP Zürich stellt den volkswirtschaftlichen Nutzen des Verkehrs ins Zentrum. Flüssiger Verkehr dank leistungsfähiger Infrastruktur ist eine zentrale Grundlage für Entwicklung und Gedeihen des Gewerbes und der KMU in der Stadt. Unternehmer, Handwerker, Angestellte, Pendler, Einwohner und Touristen profitieren von einem störungsfreien Verkehrssystem. Bei Überlastungen nehmen Verkehrssicherheit, Zuverlässigkeit und Erreichbarkeit empfindlich ab.

Die Benutzung der Verkehrsmittel und Verkehrsträger unterliegt der Wahlfreiheit und dem marktwirtschaftlichen Prinzip von Angebot und Nachfrage. Über die Aufnahme der Verkehrsnachfrage für Arbeiten, Versorgung und Freizeit entscheidet der Wettbewerb zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern und Verkehrsmitteln. Die SVP Zürich verfolgt eine ganzheitliche, vernetzte Verkehrsplanung unter paritätischem Einbezug aller Verkehrsmittel und Verkehrsträger. Die verschiedenen Verkehrsmittel sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Verkehrspolitik der Stadt Zürich ist

einseitig fixiert auf Bekämpfung des privaten Autoverkehrs. Die SVP bekämpft diese linke, ideologisch verblendete Verkehrspolitik.

Für den Ziel-, Quell- und Binnenverkehr der Stadt Zürich ist ein angemessen dimensioniertes Verkehrssystem bereitzustellen. Städtischer Durchgangsverkehr hingegen, dessen Quelle und Ziel ausserhalb des Stadtgebiets liegt, belastet das städtische Verkehrsnetz und die Lebensqualität der Bewohner. Durchgangsverkehr erbringt der Stadt keinen volkswirtschaftlichen Nutzen und ist deshalb mittels geeigneter verkehrsplanerischer Massnahmen zu minimieren.

## **Umsetzung und Forderungen**

Motorisierter Individualverkehr:

- Für den motorisierten Ziel- und Quellverkehr ist zwingend ein Netz leistungsfähiger Ein- und Ausfallachsen zur Verfügung zu stellen. Die Funktionsfähigkeit der Ein- und Ausfallachsen ist entscheidend für ein intaktes städtisches Verkehrssystem. Sie dienen der reibungslosen Verkehrsbewältigung und der Kanalisierung der Verkehrsströme auf vordefinierte Achsen. Die Kanalisierung reduziert ausserdem die Verkehrsbelastung in den Quartieren, da Anreiz für Schleichverkehr vermieden werden kann.
- Die Leistungsfähigkeit von Staatsstrassen und städtischen Ein- und Ausfallsachsen darf nicht eingeschränkt werden.
- Zur wirkungsvollen Aufnahme des Durchgangsverkehrs ist der städtische Umfahrungsring zu schliessen. Die Projektierung und Realisierung des Stadttunnels ist mit hoher Priorität voranzutreiben.
- Fahrbahnbreiten in verkehrsberuhigten Zonen sind so auszulegen, dass reibungsloser Gegenverkehr gewährleistet ist.
- Taxi und Motorräder können Busspuren benutzen.
- Keine Wegezölle (Road Pricing)
- Baustellen sind zu koordinieren und pragmatische Umfahrungen müssen zur Verfügung stehen, auch durch temporäre Aufhebung ursprünglicher Verkehrsführungen (z.B. Einbahnstrassen temporär aufheben).
- Konsequente Entflechtung der Verkehrsträger Strasse und Schiene wo immer möglich und wirtschaftlich sinnvoll.

Öffentlicher Verkehr:

- Betrieb und Ausbau des öffentlichen Verkehrs müssen nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Der öffentliche Verkehr, nach linker Ansicht der 'gute' Verkehr, darf zur Zeit kosten, soviel er will. Ziel muss sein, dass der öffentliche Verkehr selbsttragend wird.
- Das öffentliche Verkehrsnetz der Stadt Zürich, welches in seiner Erschliessungsqualität als weltweit bestes überirdisches öffentliches Verkehrssystem gilt, braucht keine grossen Würfe, sondern lediglich punktuelle Verbesserungen, beispielsweise Erweiterung der Betriebszeiten, bessere Verknüpfung der Linien, Taktverdichtung oder Kapazitätserweiterung in Spitzenzeiten.
- Keine neuen Tramlinien, nur noch Busse
- Keine baulichen Massnahmen im öffentlichen Verkehr ohne transparenten Nachweis des Nutzens respektive einer Investitionsrechnung

Langsamverkehr:

- Das Trottoir gehört den Fussgängern.
- Keine Einschränkung der Fussgängersicherheit durch Einführung von gemischten Verkehrsflächen.
- Verkehrsregeln gelten für alle: Auch Velofahrer haben sich an die Regeln zu halten.

Ruhender Verkehr:

- Mehr Parkplätze, insbesondere oberirdische Parkplätze; Aufkünden der stillen Übereinkunft, auch in neuen Wohngebieten. Keine Reduktion öffentlicher Parkplätze, Erstellungspflicht gemäss Baugesetzgebung beibehalten.

## **Ausländer**

### **Ausländerpolitik der SVP Stadt Zürich**

In Zürich sollen Schweizer und Ausländer aller Kulturen friedlich zusammen leben. Voraussetzung dafür ist, dass in der Stadt Zürich lebende Ausländer die hiesigen Sitten und Gebräuche respektieren und sich an die Rechtsordnung halten. Es darf nicht sein, dass Ausländergruppen ihre Konflikte in die Schweiz importieren und gewaltsam austragen.

Will ein Ausländer Schweizer werden, muss er sich mit diesem Land identifizieren und den Schweizer Pass nicht bloss für persönliche Vorteile nutzen wollen. Das Bürgerrecht soll das Privileg derer sein, die sich hier erfolgreich integriert haben. Es ist nicht der erste Schritt zur Integration, sondern deren Vollendung. Das Erteilen des Schweizer Passes ist das Zeichen einer erfolgreichen Integration. Es ist auch nicht Sache des Staates, Ausländer zu integrieren. Im Sinne der Stärkung der Eigeninitiative und Belohnung von Eigenleistung ist zu unterstreichen, dass die Ausländer vom Staat und der Allgemeinheit etwas wollen, wenn sie eine Einbürgerung anstreben – nicht umgekehrt. Daher ist es an ihnen zu zeigen, dass sie das Privileg der politischen Rechte verdienen.

## **Fundament**

Seit den 80er Jahren hat sich der Ausländeranteil in der Stadt Zürich von rund 20 % auf rund 30 % erhöht, und das, obwohl sich seit den 90er Jahren die jährliche Einbürgerungsrate (auch ohne das Ausnahmejahr 2006) in etwa verfünffacht hat. Gleichzeitig ist zu verzeichnen, dass in den Kriminalitätsstatistiken Ausländer zu ihrem Bevölkerungsanteil überproportional vertreten sind. Dabei sind die eingebürgerten Ausländer noch nicht berücksichtigt.

Ferner ist zu beobachten, dass in gewissen Schulhäusern Schweizer Kinder deutlich in der Unterzahl sind und dadurch in ihren Zukunftschancen benachteiligt werden. Chancengleichheit darf nicht zum Grundsatz verkommen, dass alle nur die gleich schlechten Chancen haben dürfen.

Ausserdem haben sich innerhalb der Stadt Zürich Schattengesellschaften gebildet, in denen teilweise überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache vorhanden sind, wo patriarchale Strukturen herrschen und hiesige Werte wie Gleichberechtigung der Geschlechter oder das Gewaltmonopol des Staates rundweg abgelehnt werden.

Verletzungen des Ausländerrechts werden nicht mit der gebotenen Konsequenz verfolgt, obwohl Gesetzgeber und Stimmvolk dies mehrfach durch Verschärfung des Asyl- und Ausländerrechts verlangt haben. Massgebend sind insbesondere die Strafbestimmungen des Ausländergesetzes (Art. 115-120 AuG). Anzuwenden ist auch das Zivilgesetzbuch, welches im neuen Art. 97a ZGB (seit 1. Januar 2008 in Kraft) vorsieht, dass auf das Gesuch um Eheschliessung nicht einzutreten ist, wenn keine Lebensgemeinschaft begründet werden soll, sondern eine Umgehung der ausländerrechtlichen Bestimmungen bezweckt wird. Ein beherrschtes Vorgehen gegen Scheinehen durch die Zivilstandsbeamten ist bislang jedoch nicht zu erkennen, was dem Willen des Gesetzgebers klar zuwider läuft.

## **Deshalb verlangt die SVP**

Die Einbürgerung ist der Schlusspunkt der Integration, nicht deren Beginn. Darum sollen nur Ausländer eingebürgert werden, die über die Niederlassungsbewilligung verfügen, in Wort und Schrift die deutsche Sprache beherrschen und unsere Sitten und Gebräuche akzeptieren. Dies muss in einem Test nachgewiesen werden, um willkürlichen Masseneinbürgerungen entgegenzuwirken.

Mit der Einbürgerung ist auch die politische Mitsprache die Belohnung für eine nachhaltige Integration. Ausländer, die in unserem Staat mitentscheiden wollen, müssen sich integrieren und die Einbürgerung anstreben. Abzulehnen sind daher Stimm- und Wahlrecht für Ausländer. Der staatlich geförderte Ausländerbeirat ist abzuschaffen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es genügend private Anbieter für Kurse gibt, welche für eine erfolgreiche Integration hilfreich sind. Die Stadt Zürich soll ihr Angebot an Integrationsangeboten auf das absolut Notwendige reduzieren und nur entgeltlich zu kostendeckenden Preisen anbieten.

Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen sind in separaten Klassen zu unterrichten, damit die Kinder mit guten Deutschkenntnissen nicht benachteiligt werden. Bei der Einschulung von Kindern illegal anwesender Ausländer erfolgt durch die Schule automatisch eine Meldung an das Migrationsamt.

Staatliche Unterstützung für illegal anwesende Ausländer ist auf das Minimum zu beschränken und nicht in Geld, sondern in Sachleistungen zu erbringen. Die Unterstützung ist im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten vom Nachweis abhängig zu machen, dass die unterstützte Person nachweist, dass sie sich darum bemüht, auf legale Weise auszureisen.

Staatliche Unterstützung für legal anwesende Ausländer ist an konkrete Integrationsschritte wie Sprachkurse oder vom Nachweis genügender Integration abhängig zu machen.

Ehen, die nur der Umgehung der Ausländergesetzgebung dienen, sind konsequent zu bekämpfen. Zivilstandsbeamte dürfen in Anwendung geltender Gesetzesbestimmungen auf missbräuchliche Trauungsgesuche nicht eintreten.

Die Polizei hat in Anwendung geltenden Rechts konsequent Personen zu verfolgen, welche illegal anwesenden Ausländern den Aufenthalt erleichtern, auch wenn es sich dabei um so genannte moralische Eliten handelt. Denn auch diesen steht eine Aushebelung der staatlichen Institutionen nicht zu.

## **Schule Schulpolitik der SVP Stadt Zürich**

### **Fundament**

Das juristische Fundament zur Schulpolitik bildet die Bundesverfassung (BV) sowie die Kantonsverfassung (KV).

Gemäss Art. 62 BV sind die Kantone für das Schulwesen zuständig und sorgen für einen ausreichenden Grundschulunterricht, der allen Kindern offen steht. Der Grundschulunterricht ist obligatorisch und an öffentlichen Schulen unentgeltlich.

Art. 116 KV verpflichtet Kanton und Gemeinden zur Führung von qualitativ hoch stehenden öffentlichen Schulen, welche den Grundwerten des demokratischen Staatswesens verpflichtet sind. Die öffentlichen Schulen sind konfessionell und politisch neutral.

## **Leitbild**

Die Volksschule soll das Fundament legen, welches den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, in ihrem Leben als Erwachsene einen Platz in der Gesellschaft und im Berufsleben zu finden.

Die Organisation der Zürcher Schulen muss optimal ausgestaltet sein und hat sich primär für die gute Grundausbildung sowie für die unterstützende (ergänzende) Erziehungsarbeit der Schüler einzusetzen.

Die Massnahmen und Methoden gemäss neuem Volksschulgesetz sind massvoll und auf den optimalen Nutzen für Schüler ausgerichtet umzusetzen und anzuwenden.

Die Zürcher Schulen sollen den Charakter einer Volksschule beibehalten, das heisst sie braucht die Nähe zu Schülern und Eltern für eine optimale Zusammenarbeit sowie das Engagement der Bürger für die Aufsicht und Pflege der Schule.

Der Unterricht in den Zürcher Schulen ist auf das Leistungsprinzip auszurichten. Der Unterricht im Schulalltag ist – auf der grundsätzlichen Basis des kantonalen Lehrplans – individuell darauf abzustimmen.

Die Aneignung und Pflege der deutschen Sprache hat für alle Schüler Priorität. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Vorbedingung für den Zugang zu allen Unterrichtsfächern und für die optimale zwischenmenschliche Kommunikation.

## **Umsetzung und Forderungen**

- Das Leistungsprinzip wird zu wenig konsequent angewendet, was sich vor allem problematisch auswirkt beim Antritt von Lehrstellen in Wirtschaft und Gewerbe. Viele Schüler weisen markante Erziehungsdefizite auf und haben Mühe, für das Zusammenleben wichtige Disziplin-Regeln einzuhalten. Gewalt und Vandalismus unter Kindern und Jugendlichen sind dramatisch angestiegen und wirken sich negativ auf den Schulbetrieb aus. Im Unterricht muss das Schwergewicht deshalb auf die Stoffvermittlung, die Förderung des Leistungswillens und das Aneignen von Disziplin-Regeln für das Zusammenleben gelegt werden. Die Schüler sollen stufenweise die Grundlagen erhalten, ihr späteres Erwachsenenleben selbständig und Erfolg versprechend gestalten zu können.
- Die Pflege der deutschen Sprache ist oberstes Gebot. Für Schüler, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, müssen separate Klassen gebildet werden.
- Die Hauptsprache im Kindergarten ist Zürcher Mundart.
- Integration ist wichtig: Kinder müssen unsere Sprache verstehen und sich in unserer Kultur zurechtfinden. Integration in die Gesellschaft muss das Eintrittsbillet in unsere Regelklassen sein.
- Die Bildung von mehr Spezialeinheiten ist nötig, weil die Regelklassen mit zu vielen Spezialfällen belastet werden. Das System «Integrativer Unterricht» ist deshalb zu überprüfen.
- Die Anwendung der bestehenden Gesetze für Elternpflichten muss kontrolliert und wenn nötig konsequent geahndet werden (VSG § 59, VSV § 66, EG ZGB § 59-62). Die im Volksschulgesetz festgelegten Disziplinar-massnahmen sind auf allen Stufen (Lehrer, Schulleitungen, Schulpflege) konsequent anzuwenden.
- Die Umsetzung des neuen kantonalen Volksschulgesetzes bringt Unruhe und Unsicherheit in die Zürcher Schulen. Für die Anwendung des Systems «Geleitete Schulen» genügt die Führungsschulung von Schulleitern nicht. Die Verpflichtung zum Unterrichten belastet. Schulleiter sind daher besser für ihre Führungstätigkeit zu schulen und sind von der Unterrichtstätigkeit zu entbinden.
- Die dreiteilige Sekundarschule ist wieder einzuführen. Das Klassenlehrerprinzip für die Sekundarschule B und C ist zwingend beizubehalten.
- Die neue Schulbehörden-Organisation ist zu schwerfällig und zu wenig effizient.
- Die gesamtstädtische Schulbehörde setzt sich aus den Schulpräsidenten und dem stadträtlichen Schulvorstand als Präsident (Präsidentenkonferenz PK) zusammen, d.h. mit diesem System beauftragen und kontrollieren sich die Schulpräsidenten selbst. Die Leitung der städtischen Schulkreise ist im Sinne einer qualitativen und effizienten Schulorganisation zu überprüfen und neu zu konzipieren.
- Die gesamtstädtische Schulbehörde ist neu mit unabhängigen Personen als Auftrags- und Kontroll-Behörde einzusetzen.